

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Exemplar: Bei Abnahme in den Geschäften und den Postämtern 2 Mk. im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf. Einzelnummern 15 Pf. Alle Bestellungen werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit. Die Redaktion ergeht keine Verantwortung für die Richtigkeit der Nachrichten. — Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar. — Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar. — Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar.

Verlagspreis: Die 4-spaltige Kampagne 20 Goldpfennig, die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 5-spaltige Bekanntmachung im täglichen Teil 100 Goldpfennig. Nachverlangung der 20 Goldpfennig. Sonstige Verlagspreise werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit. Die Redaktion ergeht keine Verantwortung für die Richtigkeit der Nachrichten. — Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar. — Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar. — Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Roffen.

Nr. 58. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Druckerei Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 9. März 1926

## Das Genfer Räffel.

In den Tagen vor Eröffnung der Beratungen in Genf hatten sich namentlich Briand und Chamberlain allzu fest gefahren, als daß nicht von vornherein gewisse Bedenken über eine schnelle Lösung in Genf bestehen würden. Um diese Lösung herbeizuführen, fanden sich ja die Vertreter jener Mächte, die Locarno unterzeichnet hatten, schon am Sonntag zu einer Vorbesprechung zusammen, die zwar fast vier Stunden dauerte, die Lösung aber nicht gebracht hat. Denn die amtlich darüber herausgegebenen Mitteilungen sagen, daß die Vertreter dieser Staaten bei der Unterredung „mühselos die gegenseitige Situation aufklärten“; und dann folgt der nüchterne Satz, daß „diesem ersten Gedankenaustausch in einer weiteren Sitzung die zweite Unterredung folgen soll“.

Zunächst einmal fällt auf, daß über den Zeitpunkt dieser zweiten Unterredung nichts gesagt ist. Das „was die nötige Kommunikation vermeidet sorgfältig, von einer Einigung zu sprechen oder von einer Aussicht dazu. Die Vertreter der einzelnen Staaten haben eben offenbar ihre verschiedenen, übrigens längst schon bekannten Ansichten — und Absichten entwickelt, ohne daß alsbald eine Brücke gefunden wurde. Diese Brücke wird wahrscheinlich noch gefunden werden, das ist möglich, aber — sie muß nicht von Deutschland, sondern von der Gegenseite her gebaut werden. Daran ergibt sich zunächst einmal, daß mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht sofort gerechnet werden kann, besonders auch deshalb nicht, weil man nicht annehmen kann, daß eine Einigung in Abwesenheit Briands vollzogen werden kann, der bereits am Sonntag Abend wieder von Genf abgereist ist. Er soll allerdings die Absicht geäußert haben, am darauffolgenden Mittwoch wieder zurückzukehren. Bei seiner Abfahrt meinte er ziemlich ironisch: „Zwischenwünsche ich Paul Boncour und Loucheur hier recht viel Vergnügen!“

Die deutsche Delegation jedenfalls hat ganz unmissverständlich erklärt, von ihrem bisherigen Standpunkt nicht abzuweichen zu wollen, weil das gesamte Reichskabinett sich auf den Standpunkt gestellt hat, eine Änderung in der Zusammensetzung des Völkerbundes könne nicht erfolgen, solange nicht Deutschland seinen Sitz im Völkerbundrat eingenommen hat. Angeblich soll nun Chamberlain den Vorschlag gemacht haben, sofort eine Kommission einzusetzen, die noch in dieser Märztagung eine Änderung in der Zusammensetzung des Völkerbundes vorbereiten soll. Das alles bedeutet eine Verzögerung, die übrigens Chamberlain selbst schon angekündigt hatte mit den Worten: „Deutschlands Eintritt in den Völkerbund wird sich um ein paar Tage verzögern, aber er wird dann ohne jede Bitterkeit von Seiten Deutschlands erfolgen können.“ Vielleicht, vielleicht auch nicht. Vorläufig steht Schweden immer noch unbedingt auf unserer Seite, weil sein Vertreter in Genf an einen Kabinettsbeschluss gebunden ist, wonach er gegen jede Erweiterung des Rates über den deutschen Sitz hinaus auf der Märztagung seinen Einspruch einzulegen hat.

Die deutsche Delegation jedenfalls hat ganz unmissverständlich erklärt, von ihrem bisherigen Standpunkt nicht abzuweichen zu wollen, weil das gesamte Reichskabinett sich auf den Standpunkt gestellt hat, eine Änderung in der Zusammensetzung des Völkerbundes könne nicht erfolgen, solange nicht Deutschland seinen Sitz im Völkerbundrat eingenommen hat. Angeblich soll nun Chamberlain den Vorschlag gemacht haben, sofort eine Kommission einzusetzen, die noch in dieser Märztagung eine Änderung in der Zusammensetzung des Völkerbundes vorbereiten soll. Das alles bedeutet eine Verzögerung, die übrigens Chamberlain selbst schon angekündigt hatte mit den Worten: „Deutschlands Eintritt in den Völkerbund wird sich um ein paar Tage verzögern, aber er wird dann ohne jede Bitterkeit von Seiten Deutschlands erfolgen können.“ Vielleicht, vielleicht auch nicht. Vorläufig steht Schweden immer noch unbedingt auf unserer Seite, weil sein Vertreter in Genf an einen Kabinettsbeschluss gebunden ist, wonach er gegen jede Erweiterung des Rates über den deutschen Sitz hinaus auf der Märztagung seinen Einspruch einzulegen hat.

## Spanische Niederlage bei Tetuan.

Die spanischen Linien durchbrochen. Nach den letzten Nachrichten aus Marokko hat die spanische Offensive zu einem schweren Mißerfolge geführt. Der Führer der spanischen Fremdenlegion, der bei dem Angriff bei Tetuan schwer verwundet wurde, ist gestorben. Die Andjeras und Djeballas, die sich kürzlich den Spaniern unterworfen hatten, haben wieder die Waffen ergriffen. Die Verluste der spanischen Fremdenlegion sind außerordentlich groß. Den Rüstungen gelang es, an einigen Stellen die spanischen Linien zu durchbrechen und dabei bis auf eine Meile an Tetuan heranzukommen.

## Gefährdung des deutschen Ratsstuzes durch Brasilien.

### Erste Sitzungen in Genf.

In Genf hat Montag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ibbi, des japanischen Mitgliedes, die 3. Sitzung des Völkerbundes begonnen. Der Anbruch war außerordentlich stark. Die Beratungen sind zunächst geheim zur Feststellung der Tagesordnung und zu sonstigen Mitteilungen. Das Völkerbundsekretariat hatte eine veränderte Tagesordnung für die Ratssitzung veröffentlicht, die insofern von besonderem Interesse ist, als die Behandlung der Saarfrage, die bisher erster Punkt der Tagesordnung war, nunmehr 14. Punkt geworden ist. Diese Veränderung ist sehr bedeutsam, da hierdurch die Saarfrage aller Wahrscheinlichkeit nach erst nach der Wahl Deutschlands zum ständigen Mitgliedsmitglied und somit unter Deutschlands Teilnahme zur Behandlung kommen wird. Statt dessen ist der Punkt der Tagesordnung, der die oberitalienische Frage behandelt, an den Anfang der Tagesordnung gerückt und dürfte ohne Beteiligung Deutschlands entschieden werden. Es wurde eine Mitteilung ausgegeben, nach der die Tagesordnung festgesetzt sei.

Es verlautet, daß Chamberlain, Scialoja und Vandervelde die übrigen Ratsmitglieder von den wichtigsten Besprechungen mit den deutschen Delegierten unterrichtet haben. Im Anschluß daran wurde das Verfahren über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund besprochen. Es kommen dabei die militärischen Verhältnisse des aufzunehmenden Staates in Frage. Dazu wird das Gutachten des ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes eingeholt.

Auf der vorläufigen Tagesordnung, die in den Montag nachmittags folgenden Sitzungen der Vollversammlung beraten wurde, stehen als wichtigste Punkte die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die Erweiterung des Rates.

### Eröffnungsansprache des Barons Ibbi.

In seiner Eigenschaft als Vizepräsident eröffnete das japanische Ratsmitglied Baron Ibbi unter starkem Andrang des Publikums in feierlicher Weise die außerordentliche Völkerbundversammlung, die über den Antrag Deutschlands zur Aufnahme in den Völkerbund zu befinden hat. In seiner Ansprache wies Baron Ibbi darauf hin, daß die Völkerbundtagung zum erstenmal zu einer außerordentlichen Tagung einberufen worden ist, wie das im Völkerbundpakt vorgesehen ist für den Fall, daß besondere Umstände es verlangen. Er erinnerte dann an den Aufnahmeartrag, den Deutschland am 9. Februar d. J. an den Völkerbund gerichtet hat, und gab einen Überblick über die seitdem vom Völkerbund getroffenen Maßnahmen zur Aufnahme Deutschlands. Er betonte, daß die außerordentliche Versammlung in der sehr kurzen Frist von kaum einem Monat nach Eintreffen des Antrages Deutschlands abgehalten wird. Baron Ibbi erklärte dann wörtlich: Die Einberufung der amtlichen Vertreter der meisten Staaten der ganzen Welt innerhalb einer so kurzen Frist ist gewiß ein Ereignis ohne Gleichen und zeigt, wie sehr der Völkerbund einen wirksamen Apparat darstellt, sobald es sich um Angelegenheiten handelt, die eine große Zahl von Mächten angeht. Andererseits bin ich sicher, die Gefühle nicht nur der hier versammelten Delegierten, sondern all der Personen auszusprechen, die in der ganzen Welt unsere Debatten verfolgen, wenn ich sage, daß das Ereignis, das uns hier zusammengeführt hat, von der höchsten Bedeutung ist. Eine große Nation stellt sich ein, um in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Ich erlaube mir, in diesem Umstand ein Anzeichen dafür zu sehen, daß die Verpflichtungen, die die Mitgliedstaaten des Völkerbundes unter sich verbinden, solange sie selbst vollkommen im Geiste der internationalen Gerechtigkeit, von dem sie befreit sind, angewandt werden, immer mehr Hoffnungen wecken und immer mehr auf das Bewußtsein der ganzen Welt wirken werden. Darauf erklärte Baron Ibbi die Versammlung unter dem Beifall der Delegierten für eröffnet.

### Auf der Publikumstribüne wohnten Dr. Luthert und Dr. Stresemann der Eröffnung bei und hörten interessiert den Worten Ibbis zu.

### Aber die Auffassung in Berlin

erfährt man, daß Reichspräsident und Reichsregierung durch ein Telegramm des Reichskanzlers aus Genf über

den Verlauf der Unterhaltungen unterrichtet wurden. Zwischen der Genfer Delegation und den in Berlin weilenden Reichsministern besteht vollkommene Übereinstimmung. Der Standpunkt der Reichsregierung sei in der Hamburger Rede des Reichskanzlers festgelegt worden, und genau derselbe Standpunkt sei in den Unterhaltungen mit den in Berlin beglaubigten Diplomaten ohne auch nur die kleinste Änderung formuliert worden. Die deutsche Delegation habe ein ganz fest umschriebenes Mandat, das sie nicht um Haarsbreite überschreiten könne.

### Spaniens Anspruch.

Während Polen anscheinend auf eine spätere Zeit verwiesen werden soll und gegen Brasiliens Eintritt ernstliche Einsprüche vorliegen, gewinnen Spaniens Ansprüche erstere Gestalt. Auf der Fahrt nach Genf erklärte der spanische Delegierte Minister Pangas, daß Spanien Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und seinen Ratssitz begründe, weil es friedensfördernd sei. Spanien erwarte, Deutschland werde bei den Beratungen seinen großen Einfluß dahin geltend machen, daß es Spaniens Mitarbeit im Rat befürworte. Außerdem wiederholte Pangas die Gründe für Spaniens Haltung und verteidigte den spanischen Standpunkt, einen Ratssitz sofort zu bekommen.

Wie in Genf verbreitet wird, soll der spanische König selbst die verschiedenen Kabinette haben wissen lassen, daß er auf der Regelung seines Anspruches bestehen müsse. Wie sich die erhoffte Lösung bei den widerstreitenden Interessen gestalten wird, läßt sich zur Stunde um so weniger übersehen, zumal die Regierung in Frankreich selbstverständlich einen stark hemmenden Einfluß ausübt.

### Die erste Vollziehung.

Genf, 8. März. Die feierliche Eröffnung der Vollversammlung des Völkerbundes erregte diesmal nicht das übliche Interesse, da die großen Tage erst kommen sollen. Baron Ibbi erklärte die Völkerbundversammlung unter dem Beifall der Delegierten für eröffnet. Die Völkerbundversammlung wählte Johann mit 36 von 48 Stimmen den ehemaligen portugiesischen Ministerpräsidenten Alfonso da Costa zu ihrem Präsidenten. Der neugewählte Präsident dankte darauf in einer kurzen Ansprache. Nach einer kurzen Unterbrechung der Eröffnungssitzung trat dann die Versammlung um 4.10 Uhr wieder zusammen und nahm den Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vollmachten entgegen. Die Versammlung wählte dann den englischen Außenminister Chamberlain zum Vorsitzenden des ersten Ausschusses, der über den Aufnahmeartrag Deutschlands zu entscheiden hat, und den früheren französischen Handels- und Finanzminister Loucheur zum Vorsitzenden des Budgetausschusses, dem die Festsetzung des Jahresbeitrages Deutschlands und die nächsten Entscheidungen über den Bau eines Versammlungsgebäudes obliegen. Die beiden Ausschüsse nehmen morgen nachmittags 4 1/2 Uhr ihre Beratungen auf. Die Versammlung vertagte sich darauf. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist noch nicht bestimmt.

### Brasiliens hartnäckiger Widerstand.

Genf, 8. März. Die Haupt Schwierigkeit der Verhandlungen ist in der Tatsache zu erblicken, daß sich unter den zehn Ratsstaaten, von denen Stimmen Deutschlands Wohl zum ständigen Ratsmitglied abhängt, ein Staat befindet, der seine Zustimmung hierzu nur unter der Voraussetzung erteilen will, daß auch ihm ein ständiger Ratssitz zugesprochen wird. Dieser Staat ist Brasilien. In Anbetracht des hartnäckigen Widerstandes Brasiliens, dessen Zustimmung zur Erstellung eines Ratsstuzes an Deutschland notwendig ist, weil Einstimmigkeit im Rate notwendig ist, versteht man es, wenn in den Kreisen der deutschen Delegation die Lage außerordentlich ernst beurteilt wird. Im übrigen ist die deutsche Stellungnahme unverändert.

### Wer wird Briands Nachfolger?

Die Kabinettskrise in Frankreich. In Paris haben die Verhandlungen über die Neubildung eines Ministeriums begonnen. Der Präsident der Republik, Doumergue, hat sofort nach seiner Rückkehr aus Lyon, wo er der Eröffnung einer Technischen Messe bewohnte, den Senatpräsidenten sowie den Kammerpräsidenten empfangen, um mit ihnen die parlamentarische Lage zu besprechen. Auch mit Briand hatte Doumergue eine Unterredung von etwa 20 Minuten Dauer, in der die Lage in Genf sowie die Möglichkeiten der Neubildung der Regierung zur Beratung standen.

Ob Briand wieder die Neubildung eines Kabinetts übernehmen wird, wie dies der Wunsch Doumergues ist, ist noch nicht sicher. Die Pariser Presse deutet darauf hin, daß Callaux, der ehemals Finanzminister im Kabinett Briand war, oder der ehemalige Minister de Monny möglicherweise mit der Bildung des Kabinetts betraut werden.